

Ergebnisse der Arbeitsgruppe III des Stadtparteitags:

Sozialer Zusammenhalt der Stadt

„Neuss – eine moderne, soziale Großstadt“ war und ist seit einigen Jahrzehnten ein Slogan für erfolgreiche, CDU-geführte Sozialpolitik in Neuss. Auf dem Stadtparteitag am 21.10.2006 sollen als wesentlicher Teil der Gestaltung der Zukunft der Stadt Neuss bis 2035 die sozialen Aufgaben, die künftig im Mittelpunkt der politischen Arbeit unter der Führung der CDU Neuss stehen, aufgezeigt, diskutiert und als Appell und Auftrag von den CDU-Mitgliedern beschlossen werden.

Unter der Voraussetzung der soliden und nachhaltigen Finanzierung sollen folgende vier Bereiche als Schwerpunkte und Kernaufgaben der kommunalen Sozialpolitik in Neuss beschrieben und behandelt werden:

Jugend und Familie

Hier gilt es, in Anlehnung an die demographische Entwicklung in Zahlen und Perspektiven die familiären und beruflichen Chancen der heranwachsenden und kommenden jungen Generation in Neuss zu verbessern. Die Förderung des familiären Umfeldes steht dabei im Vordergrund, und zwar durch Angebot und Ausbau unterstützender und Familien begleitender Maßnahmen und Einrichtungen von den Kindergärten bis zu leistungsstarken und flexiblen Schulsystemen und Jugendförderprogrammen – möglichst wohnungs- und stadtteilnah.

Jugend ist die Zukunft unserer Stadt.

(Die demographische Lage und die zukünftige Entwicklung ist in Zahlen für die Kinder und Jugendlichen in Neuss zu ermitteln und zu Grunde zulegen.)

Senioren

Im Vordergrund stehen die Schaffung und die Sicherung bedarfsorientierten Wohnraums für die ältere Generation. Ziel ist es, die älteren Mitbürger – solange es geht und solange diese selbst es wollen und können – in ihrem eigenen Wohnungs- und Lebensbereich zu behalten. Dazu bedarf es eines möglichst umfassenden und intelligenten Wohnungsbelegungsmanagements, einer gezielten Schaffung und Förderung von Mehrgenerationen-Wohnbereichen in den Stadtteilen, Aufbau von selbstorganisierten oder von Sozialverbänden getragenen nachbarschaftlichen Betreuungsnetzwerken für Senioren. Altenheime und Altenpflegeheime haben das Sozialangebot altengerechter Betreuung zu komplettieren, wenn insbesondere die vorgenannten Strukturen nicht (mehr) greifen.

Den eigenen Wohnraum für Senioren möglichst lange erhalten.

(Eine gemeinsame Planung der seniorenrechtlichen Wohnraumversorgung unter Führung der Stadt und durch eine systematische Beteiligung der großen Wohnungsgesellschaften und der freien Sozialverbände ist sicherzustellen.)

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit eines nicht unerheblichen Teils unserer Bevölkerung bleibt eine gesamtstaatliche Herausforderung auf Dauer. Hier gilt nicht nur der Appell an die soziale Verantwortung der Unternehmen, neue, zusätzliche Arbeitsplätze – und zwar insbesondere Arbeitsplätze mit einfachen und alternativen Strukturen zur besseren Vermittelbarkeit – zu schaffen. Die Stadt hat wegen ihrer Nähe zur örtlichen Wirtschaft, insbesondere zum Handwerk, und wegen ihrer konkreten Kenntnisse der familiären und persönlichen Verhältnisse aus dem Sozial- und Jugendbereich die Dringlichkeit der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben vor Augen. Sie kann besser, direkter und

persönlicher als die konventionelle Arbeitsvermittlung die Vermittlungsgespräche mit den Unternehmen in der Stadt führen. Diese Chancen müssen kompetent und auf Dauer genutzt werden. Dazu muss der Bund bereit sein, eine kompetente eigene Vermittlungszuständigkeit auf der kommunalen Ebene, auch als Stärkung der Kommune, zuzulassen und notwendige Finanzmittel unmittelbar den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Arbeitslosigkeit ist auch eine Herausforderung für die Stadt.

Migration und Integration

Ziel ist es, ein harmonisches Zusammenleben von Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund auf der Basis von Verständigung und Verständnis zu schaffen. Das bedeutet in erster Linie die systematische und konsequente Vermittlung der deutschen Sprache für alle Migranten vom Kindergartenalter bis zu den Erwachsenen. Parallel muss das Interesse und das Ernstnehmen der anderen Kulturen bei der deutschen Bevölkerung geweckt und nachhaltig entfaltet werden.

Die Sprachförderung für Migranten ist modulartig aufzubauen: möglichst frühzeitig über die Kinder im Kindergarten zusammen mit ihren Müttern, über die Angebote der Offenen Ganztagsgrundschulen bis hin zu den Sprachkursen der Volkshochschule und der freien Verbände.

Integrationskurse – vom Bund gefördert – sind nicht nur für neue, sondern auch für die schon länger hier lebenden Migranten wichtig. Sie geben über die zu vermittelnden Sprachkenntnisse hinaus wichtige Einblicke sowohl in unseren Staat mit seinen ihn tragenden Werten, als auch in den nahen Lebensraum einer Stadt wie Neuss und der Region des Rheinlandes. Zwar sind sie (noch) nicht verpflichtend, aber sowohl durch das Fördern des Eigeninteresses als auch durch Tests, Zertifikate und eine ergebnisorientierte Kontrolle der jeweiligen Maßnahmen und Angebote muss den Migranten deutlich werden, dass ohne das Beherrschen der deutschen Sprache und ohne nähere Kenntnisse unserer Gesellschaftsordnung eine Integration nicht möglich ist und der Betreffende ohne Deutsch hier auf Dauer nichts mit Erfolg bewirken kann.

Die Zukunft unserer Stadt gelingt mit der erfolgreichen Integration der neu zugezogenen Bevölkerung.

Klaus Karl Kaster